

Mai 2019

Posse rund um die ‚Aktivitäten‘ von Feldmanns Hauptstadtbeauftragten



Foto: © www.Clearlens-images.de / pixelio.de

Stadtrat Mike Josef oblag Anfang Januar die undankbare Pflicht, in Vertretung von Oberbürgermeister Peter Feldmann die Nachfragen zu den Aktivitäten des Hauptstadtbeauftragten zu beantworten. Er verstieg sich zu Aussagen wie: ‚...ich kann Ihnen berichten, dass der Hauptstadtbeauftragte in den letzten Monaten sehr fleißig war, aber das Ganze hier aufzulisten, würde den Rahmen und die Zeit sprengen.‘

Und weil der Nachtrag von Feldmann in der darauffolgenden Sitzung so lustig war, hier Ausschnitte im Wortlaut: ‚Sie haben in der letzten Plenarsitzung schon deutlich gemacht, dass Ihnen alles ein bisschen zu knapp war, was Herr Stadtrat Josef zu dem Thema ausgeführt hat.

Er sagte, er habe einen umfangreichen Bericht vorliegen. Die Reaktion des Hauses, die ich aufgrund meiner Abwesenheit nach der Sitzung geschildert bekam, schien darauf zu deuten, dass ihm nicht geglaubt wurde. Es ist Gelächter im Wortprotokoll an der Stelle vermerkt, an der er sagte, dass es viele Fakten und Berichte gebe.‘ Dem folgte eine umfangreiche Auflistung von Veranstaltungen in Berlin, bei denen der Hauptstadtbeauftragte die Interessen der Stadt Frankfurt vertreten haben soll.

„Allein: Die zitierten Äußerungen stehen im Widerspruch zu den Akten, die im Rahmen des von uns beauftragten Akteneinsichtsausschusses vom Magistrat vorgelegt wurden“, sagt Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Römer. Diese hätten aus einem einzigen schmalen Ordner bestanden, der im Wesentlichen folgende Unterlagen enthalten habe:

- eine ausführliche Beschreibung der Aufgaben des Hauptstadtbeauftragten;
- Einladungen und Flyer von verschiedenen Veranstaltungen, die im genannten Zeitraum in Berlin stattgefunden haben;
- ein Bundestags-Sitzungskalender;
- ein Organigramm der Hessischen Landesvertretung in Berlin;

- mehrere gleichlautende Schreiben des Hauptstadtbeauftragten an verschiedene Personen und Institutionen (Ministerien, Bundestagsabgeordnete, Verbände, Stiftungen, Interessenvertretungen etc.); Inhalt der Schreiben war die Mitteilung des Hauptstadtbeauftragten, dass die Stadt Frankfurt nunmehr ein Hauptstadtbüro unterhält und der Unterzeichner der Leiter dieses Büros und Ansprechpartner ist;
- einige wenige Antworten auf die vorgenannten Schreiben; überwiegender Tenor: Dank für die Mitteilung und das Angebot, in den Verteiler des Newsletters der jeweiligen Institution aufgenommen zu werden;
- weitere Unterlagen, deren Zusammenhang mit dem Hauptstadtbüro nicht unmittelbar erkennbar war.

„Was in den vom Magistrat vorgelegten Akten völlig fehlt, sind schriftliche oder fernmündliche Berichte des Hauptstadtbeauftragten an den Oberbürgermeister oder andere Magistratsmitglieder sowie Reisekosten- oder Spesenabrechnungen“, so Rahn. „Tatsächlich gab es in den Unterlagen, die zur Akteneinsicht vorgelegt wurden, keinen einzigen Bericht über die von Feldmann genannten Veranstaltungen und keine einzige Spesenabrechnung. Hätte der Hauptstadtbeauftragte tatsächlich diese Veranstaltungen besucht, so hätte er zumindest das eine oder andere U-Bahnticket oder eine Taxiquittung abrechnen müssen.“

Weiterhin behauptete der Oberbürgermeister, der Hauptstadtbeauftragte habe seine Arbeit alle drei Monate dem Oberbürgermeisterbüro gegenüber dokumentiert. Doch diese Dokumentation fehle ebenfalls in den vorgelegten Unterlagen völlig. „Offensichtlich hat es diese Dokumentation nie gegeben“, erklärt der AfD-Fraktionschef.

Auch sagte Feldmann, dass es Einzelgespräche mit fast allen Bundesministerien und anderen Institutionen gegeben haben soll. „Hier fehlt jede Dokumentation und jede Spesenquittung“, fügt Rahn hinzu. Es lagen zwar Anschreiben des Hauptstadtbeauftragten an die genannten Stellen vor, die jedoch größtenteils von den Adressaten nicht bzw. ablehnend beantwortet wurden. „Auch hier muss davon ausgegangen werden, dass der Oberbürgermeister das Parlament wissentlich falsch informiert hat“, merkt der AfD-Fraktionsvorsitzende an.

Schließlich behauptet der Oberbürgermeister, dass es bezüglich des Themas Paulskirche mehrere Treffen in seinem – d.h. des Oberbürgermeisters – Büro stattgefunden hätten. Auch hier fehle eine Reisekostenabrechnung des Hauptstadtbeauftragten. „Es ist nicht davon auszugehen, dass dieser den Weg von Berlin nach Frankfurt zu Fuß zurückgelegt hat. Und falls doch, hätte er zumindest Übernachtungsspesen und die Kosten für ein neues Paar Schuhe geltend gemacht“, ergänzt Rahn. Die AfD im Römer lässt nicht locker und hat nun in einer erneuten Anfrage an den Magistrat weitere Aufklärung und Belege für die Behauptungen des Oberbürgermeisters gefordert.

Einladung zum Fastenbrechen: Oberbürgermeister sollte religiöse Mission strikt privat ausleben



Foto: ©Michael Brüggemann / pixelio.de

Haben Sie eine Einladung zu einer Pfingstfeier mit dem Oberbürgermeister und Stadträtin Sylvia Weber erhalten? Jemals eine zu einer gemeinsamen Oster- oder Weihnachtsfeier? Natürlich nicht. Es handelt sich ja auch um religiöse Veranstaltungen und die sind naturgemäß nicht Sache des Magistrats. Eine Einladung von Feldmann und Integrationsdezernentin zum gemeinsamen ‚Besuch des Bürger-Iftar‘, sprich zum Fastenbrechen, ist aber sehr wohl an Sie ergangen!

Begründet wurde diese in einem zuletzt versandten Schreiben damit, dass es den Einladenden – also dem Oberbürgermeister und Frau Weber – ein Anliegen sei, ‚die wichtigen Botschaften des Fastenmonats Ramadan stärker für alle zu öffnen‘. Die zentrale Botschaft des Fastenmonats Ramadan ist die ‚Herabsendung des Korans als Rechtleitung für die Menschen...‘ (Koran: Sure 2, Vers 185). Zweifelsfrei eine religiöse Botschaft.

Grund für die AfD im Römer, die Dinge wieder an ihren Platz zu rücken! In einem Antrag fordert die AfD-Fraktion den Magistrat – und insbesondere den Oberbürgermeister – auf, künftig Einladungen zu religiösen Veranstaltungen zu unterlassen. „Es gehört nicht zu den in der HGO festgelegten Aufgaben des Oberbürgermeisters, eine religiöse Botschaft zu verkünden oder Bürger dazu aufzufordern, Veranstaltungen bestimmter Religionsgemeinschaften zu besuchen“, sagt Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Römer. „Vielmehr unterliegt der Oberbürgermeister als Amtsträger dem Neutralitätsgebot“. Dieses habe Feldmann in der Vergangenheit bekanntlich wiederholt verletzt und sei dann auch rechtskräftig aufgefordert worden, das künftig zu unterlassen. „Doch neben dem Verstoß gegen das Neutralitätsgebot ist die Einladung des Oberbürgermeisters auch aus medizinischer Sicht äußerst bedenklich und daher abzulehnen“, so Rahn.

Denn unabhängig von der religiösen Botschaft beinhaltet der Fastenmonat Ramadan die Vorschrift, innerhalb dieses Monats von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang vollständig zu fasten und damit weder zu essen noch zu trinken. Gerade in Sommermonaten könne diese Zeitspanne bis zu 18 Stunden betragen. Eine Flüssigkeitsabstinenz über diesen Zeitraum hinweg sei gerade bei sommerlichen Temperaturen äußerst problematisch. Bereits nach wenigen Stunden drohe eine Dehydrierung, die insbesondere für Kinder und ältere Personen gefährlich ist und im Einzelfall auch tödlich sein kann. „Dass der Oberbürgermeister uns für diesen gefährlichen Unfug stärker öffnen will, ist äußerst verantwortungslos und lässt vermuten, dass ihm die Verbreitung der Botschaft des Islam wichtiger ist als die Gesundheit der Bürger“, so der Fraktionsvorsitzende.

Paulskirche in historischer Form von 1848 wieder aufbauen Mit bundesweiter Kampagne Spendengelder generieren

Bei einer Sanierung der Paulskirche soll der Magistrat auch ihre Rekonstruktion in der historischen Form von 1848 in die Planungen mit aufnehmen und sorgfältig prüfen. Dafür setzt sich die AfD im Römer ein und hat deshalb einen gleichlautenden Antrag gestellt. „Neben einer finanziellen Beteiligung von Bund und Land möge der Magistrat zudem untersuchen, inwieweit eine bundesweiten Kampagne hilfreich wäre“, sagt Reinhard Stammwitz, der für die AfD im Ausschuss für Planen und Bauen sitzt. „Ziel der Kampagne soll sein, für eine Rekonstruktion Spendengelder zu generieren. Das könnte z.B. ein privater Trägerverein übernehmen“, so Stammwitz. Mit einer solchen Aktion würde zugleich die Bedeutung der Paulskirche für die deutsche Demokratie herausgestellt und im kollektiven Gedächtnis verankert. Als Vorbilder nennt der AfD-Stadtverordnete die Kampagnen zum Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche und des Berliner Stadtschlusses.



© bpk-Bildagentur

Dezernent Jan Schneider hatte in der Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung vom 04. April erklärt: ‚Pläne für eine Rekonstruktion der Paulskirche in ihrer ursprünglichen Form gibt es nicht‘. „Die Paulskirche ist aber das wichtigste Symbol der deutschen Demokratie und ein wichtiges Gebäude zur Identifikation der Deutschen mit ihrer demokratischen Geschichte“, betont Stammwitz. Sie sollte deshalb nach Möglichkeit in ihrer historischen Form von 1848 rekonstruiert werden.

Die jetzige Ausgestaltung sei sehr schlicht. Ihre Form sei seinerzeit vor dem Hintergrund der Kriegseignisse und wohl auch der Mittelknappheit und dem Zeitdruck gewählt worden. Sie entspreche jedoch nicht mehr den heutigen Bedürfnissen nach einer Identifikationsstätte. „Dass es dieses Verlangen gibt, zeigt sich schon daran, dass die teilweisen Rekonstruktion der Altstadt so positiv aufgenommen wird!“, erklärt der AfD-Stadtverordnete.

„In jedem Fall sollte die Rekonstruktion baldmöglichst in Angriff genommen werden, damit die Arbeiten rechtzeitig zur 175-Jahr-Feier im Jahr 2023 abgeschlossen sein werden“, schließt der AfD-Stadtverordnete.

Informieren Sie sich!

Besuchen Sie die Bürgersprechstunden der AfD-Fraktion im Römer

Die **nächste Bürgersprechstunde** findet statt: **4. September 2019** um **17 Uhr**

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter:

www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich und beginnen um 16 Uhr.

Anmeldung zur Sitzung per Email unter:

einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Nächster Sitzungstermin der Stadtverordnetenversammlung ist am: **27. Juni 2019**

Bürozeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:
Montag – Donnerstag 10 – 15 Uhr

Email: info@afd-im-roemer.de

Internet: www.afd-im-roemer.de

Telefon: 069 – 212 46222

Impressum:

AfD-Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

ViSdP: Dr. Dr. Rainer Rahn)
(Fraktionsvorsitzender)